



Hat alles im Blick: Zum Brauereifest anlässlich des 175. Jubiläums der Brauerei Barre gab es stark nachgefragte Führungen. Um die Etikettierung in der Abfüllanlage kümmerte sich an jenem Tag Michael Brockmann. ARCHIVFOTO: JOERN SPREEN-LEDEBUR

Schluck aus der Pulle auch für Brauereien

SPD-Politiker Achim Post fordert Hilfe für familiengeführte Betriebe. Er sagt, warum vor allem kleine Brauereien Unterstützung benötigen.

Joern Spreen-Ledebur

■ **Lübbecker Land.** Das Gastgewerbe muss weiter zusperrn, auch Museen, Theater, Kinos und Tierparks sind weiter dicht. Nur eine Woche nach Verlängerung des so genannten „Lockdown lights“ wurde vorigen Mittwoch überraschend eine weitere Verlängerung der Maßnahme verkündet. Auch das geschah nach einer Videokonferenz von Kanzlerin Angela Merkel mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten. Das Handeln der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) vorbei am Parlament sorgt für Unmut.

Laut der geltenden Rechtsprechung des Verfassungsgerichts ist es Aufgabe des Parlaments, über eine Einschränkung der Grundrechte zu entscheiden. Daran erinnert auch der heimische SPD-Bundestagsabgeordnete Achim Post.

In den vergangenen Wochen hatte die Kritik am Vorgehen von Kanzlerin und Ministerpräsidenten zugenommen, Grundrechte mit Verordnungen einzuschränken – an den Parlamenten vorbei. Es sei gelungen, mit dem Infektionsschutzgesetz einige Verbesserungen zu erreichen, sagte Achim Post mit Verweis auf die Beratungen im Bundestag.

So seien Maßnahmen für vier Wochen befristet und es gebe eine Berichtspflicht der Regierung. Mit der Einführung eines Parlamentsvorbehalts, der Abstimmungen im Bundestag über Maßnahmen vorgesehen hätte, konnte sich die SPD allerdings nicht durchsetzen.

„Bei allem Respekt vor dem Föderalismus: Ich bin mit der Ministerpräsidentenkonferenz



Der heimische SPD-Bundestagsabgeordnete Achim Post fordert finanzielle Hilfen auch für familiengeführte mittelständische Brauereien. FOTO: JOERN SPREEN-LEDEBUR

unzufrieden“, sagt der in Rahden geborene und in Espelkamp aufgewachsene stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag.

Er wolle nicht, „dass 17 Kanzler und Ministerpräsidenten entscheiden“, sagte Achim Post im Gespräch mit der *Neuen Westfälischen*. Die Entscheidungen müssten von den Verfassungsorganen getroffen werden – von der Bundesregierung, vom Bundestag, dem Bundesrat, den Landesregierungen und den Länderparlamenten.

»Solche Erfolge fallen nicht vom Himmel«

Für die finanziellen Folgen,« die die Entscheidungen der Ministerpräsidentenkonferenz dann hätten, seien die Parlamente dann wieder gut genug. Es entscheide schließlich der Bundestag über den Haushalt des Bundes. Das wird nun wieder der Fall sein. Man

wolle viel mobilisieren für besonders betroffene Branchen, merkte Post an. Das gelte für Solo-Selbstständige bis hin zu Firmen.

„Wir werden einen Haushalt auflegen, der es in sich hat“, kündigt Achim Post an. Geplant sei eine Netto-Kreditaufnahme von 180 Milliarden Euro. Aus Sicht von Achim Post gebe es kein anderes Land, das aufgrund der wirtschaftlichen Situation so in der Lage sei zu helfen. Trotz all dieser Maßnahmen sei Deutschland von allen G 8-Ländern das Land mit der geringsten Verschuldung.

Das Mainzer Unternehmen Biontech, das gemeinsam mit dem US-Konzern Pfizer einen Corona-Impfstoff entwickelte, sei ein Beispiel für die Leistungsfähigkeit Deutschlands, betont Post. „Solche Erfolge fallen nicht vom Himmel, man muss sich systematisch um sie kümmern.“ Das sei im Fall Biontech geschehen – durch den Bund, das Land Rheinland-Pfalz und die EU.

Der anstehende Haushalt sei

eine schwierige Entscheidung, sei aber verantwortlich. Der Grundsatz sei richtig, es gebe aber auch Schwächen, räumt der Bundespolitiker ein. Die im Oktober angekündigten schnellen November-Hilfen etwa fließen aus Sicht der Gastronomie viel zu spät. Der Link für die Anträge, so hatte es etwa der Rahdener Gastronom Rainer Benk gesagt, sei erst am 25. November freigeschaltet worden.

Das Thema November-Hilfen habe die SPD gegenüber Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) moniert, merkte Achim Post an. Diese Hilfen sollten im Dezember kommen. Nach Überzeugung Posts muss aber noch weiteren Bereichen geholfen werden.

»Es gibt zur Zeit keine Gaststätte, die Fassbier kauft«

Manche Bereiche erhielten nun vom Bund 75 Prozent des Umsatzes aus dem November vorigen Jahres ausgezahlt. Finanzielle Hilfe vom Bund fordert Achim Post auch für familiengeführte mittelständische Brauereien wie die Lübbecker Brauerei Barre. Solche Brauereien seien besonders getroffen. Sie gingen „auf Null“, weil sie kein Fassbier verkaufen. Es gibt zurzeit keine Gaststätte, die Fassbier kauft.“

Die großen Brauereien hätten wenig Fassbier-Anteil und würden auch in der Coronakrise ihr Flaschenbier verkaufen. Achim Post: „Wenn man nun den Kleinen nicht hilft, dann gucken die Großen zu, wie sie den Markt nach und nach übernehmen.“ In Bayern etwa gebe es 830 kleine Braue-

ereien, die ebenso betroffen seien wie Barre oder in Köln die Kölsch-Brauereien.

„Da muss was passieren“, macht Post deutlich. Ob auch tatsächlich etwas passieren wird? Das werde schwierig, räumt Post ein. Es müsse sich wenigstens ein Pfad eröffnen, um Möglichkeiten zu schaffen, dass kleine Brauereien etwa durch Ausführungsbestimmungen bei der Finanzhilfe Geld bekämen. An diesem Ziel arbeite man überparteilich. In diesen Tagen werde er darüber mit Ralph Brinkhaus (CDU) und Alexander Döbrandt (CSU) sprechen.

Hassmails und Drohungen, wie sie gegen zahlreiche Politiker gerichtet sind, hat Achim Post bislang nicht bekommen. Man müsse auch unterscheiden, vertritt der gebürtige Rahdener. Die Gruppe von Coronaleugnern bis Faschisten habe sich in erster Linie darauf konzentriert, mit Hilfe der AfD das Parlament bloß zu stellen und lahm zu legen, erinnert Post an jüngste Aktionen von vermeintlichen Gästen von AfD-Abgeordneten im Reichstagsgebäude. Deren Vorgehen sei bekannt.

Gleichzeitig habe es Mail-Aktionen gegeben. Jede Minute sei aus ganz Deutschland eine Mail gekommen, dass man als Abgeordneter auf jeden Fall gegen das Infektionsschutzgesetz stimmen solle und in denen es Vergleiche mit dem Ermächtigungsgesetz der Nazis von 1933 gab.

Achim Post hat nach eigenen Angaben 50 bis 60 Mails aus dem Kreis Minden-Lübbecke bekommen und die habe er auch sachlich beantwortet. „Es waren dann auch einige dabei, die dann in einen positiven Dialog traten.“